

Die Rekrutierung politischer Repräsentanten in Japan

Carmen Schmidt (Heidelberg)

1. Einleitung und Fragestellung

Obgleich die Untersuchung politischer Führungsgruppen zu den Grundlagen der politischen Soziologie gehört, liegen zur Rekrutierung der politischen Eliten Japans nur wenige ältere Studien vor. Bei aller Vielfalt der Ansätze nimmt die Frage nach der sozialen Herkunft der Führungsgruppen einen zentralen Platz in der Elitenforschung ein, da sie Aufschluss darüber gibt, inwieweit die Eliten geschlossene Machtgruppen bilden oder ob sie verschiedene Teile der Sozialstruktur repräsentieren. Die Merkmale der sozialen Herkunft sind demnach kritische Variablen zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Elitestruktur. Sie sollen der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen des Prozesses der Elitenauswahl einerseits und des Elitenwandels andererseits dienen (HERZOG 1970/71:130). Allerdings muss beachtet werden, dass politische Eliten aufgrund funktionaler Professionalisierungsprozesse kein sozialstrukturelles Abbild der Gesellschaft bilden müssen und eine gewisse Kohärenz der Berufspolitikerschaft für die Funktionsfähigkeit eines Parlamentes notwendig ist. Wesentlich für eine demokratische Repräsentation ist daher, dass die Selektions- und Rekrutierungsprozesse nicht abgeschottet stattfinden und sich die politischen Eliten nicht von der Interessenstruktur einer Gesellschaft entfremden (KLINGEMANN et al. 1991:29).

Im Folgenden wird analysiert, welche sozialstrukturellen Rekrutierungsmuster sich im Prozess der Rekrutierung der politischen Repräsentanten in Japan feststellen lassen. Hierbei wird von zwei zentralen Fragestellungen ausgegangen: Spiegelt die Zusammensetzung der politischen Elite die verschiedenen Teile der Sozialstruktur der Gesellschaft wider, und welches sind die für den Rekrutierungsprozess typischen Selektionsfilter? Bilden die politischen Eliten geschlossene Machtgruppen mit einer Tendenz zur Abkopplung von den gesamtgesellschaftlichen Strukturen?

Die auf der Basis des japanischen Parlamentshandbuches *Seikan yôran* (1999) durchgeführte Primäruntersuchung konzentriert sich auf die Phase der politischen Karrieren der Parlamentarier der langjährigen Regierungspartei LDP (Liberal-Demokratische Partei, *Jiyû minshu tô*) und – als Kontrollgruppe hierzu – der linken Opposition von SDPJ (Sozialdemokratische Partei Japans, *Nihon shakai minshu tô*) und KPJ (Kommunistische Partei Japans, *Nihon kyôsan tô*) im japanischen Unterhaus als der zentralen parlamentarischen Institution des

Landes. Zudem wird die Rekrutierung von Personen aus diesen „Vorpositionen“ in die parlamentarischen Spitzenpositionen und somit in die Positionen der Kabinettsmitglieder untersucht.

2. Die Professionalisierung des politischen Mandats

Wesentliche Voraussetzungen für Professionalisierungsprozesse in westlichen Demokratien sind ein gesichertes Einkommen,¹ die realistische Chance, über längere Zeit eine Tätigkeit in der Politik verfolgen zu können, sowie eine verlässliche Aussicht auf Karriere, d.h. auf einen weiteren Aufstieg zu einem bereits etablierten Karrierepfad (BORCHERT 1999: 14f.).

Das Einkommen der Parlamentarier in Japan ist mit etwa 290.000 DM im Jahr als sehr hoch zu bezeichnen (DERICHS/KERBO 1999:297), womit es nach Borchert als „hoch-professionalisiert“ kategorisiert werden kann. Auch die durchschnittliche Quote der Wiederwahlen der Abgeordneten im japanischen Unterhaus stieg von 1,6 im Jahr 1946 stetig bis auf 5,3 im Jahr 1986 an (RAMSDELL 1992:87). Im untersuchten Sample lag die Quote an Wiederwahlen unter den Repräsentanten der LDP mit 4,6 nur unwesentlich über der Quote der Parlamentarier von SDPJ und KPJ (4,1). Bei einer durchschnittlichen Amtsperiode von etwa zweieinhalb Jahren² ergibt sich somit eine durchschnittliche Amtsdauer von etwa elf Jahren. Ebenso wie in der (alten) Bundesrepublik wird somit das Mandat über einen auffallend langen Zeitraum ausgeübt.³ Diese Entwicklung hin zu einer langen Dauer der Amtsausübung ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich unter den Abgeordneten von Regierung und linker Opposition seit 1946 ein Wandel vom Amateurpolitiker zum Berufspolitiker vollzogen hat.⁴

Die innerparlamentarische Karrierekontinuität der Abgeordneten von LDP und SDPJ zeigt kaum Unterschiede. Insgesamt waren über 80% nach ihrer ersten Wahl ununterbrochen Mitglieder des Unterhauses; lediglich für die Abgeordneten der KP besteht hier ein höheres Risiko, ein- oder mehrere Male nicht wiedergewählt zu werden, was vermutlich in dem hohen Anteil an Wechselwäh-

1 Borchert unterscheidet die Einkommen nach folgender Einteilung: „Hoch-professionalisiert“ (Abgeordneteneinkommen von mehr als 120.000 DM jährlich), „professionalisiert“ (zwischen 80.000 und 120.000 DM), „semi-professionalisiert“ (zwischen 50.000 und 80.000 DM) und „teil-professionalisiert“ (unter DM 50.000); vgl. BORCHERT 1999:29.

2 Nach Artikel 45 der Japanischen Verfassung von 1947 werden die Parlamentarier des japanischen Unterhauses für vier Jahre gewählt, wobei dem japanischen Ministerpräsidenten nach englischem Vorbild das Recht zusteht, das Parlament vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Von diesem Recht machten die japanischen Ministerpräsidenten bisher fast immer Gebrauch. Nur zwischen der Wahl vom 10.12.1972 und der Wahl vom 5.12.1976 lag eine volle Legislaturperiode. Insgesamt fanden zwischen 1946 und 1996 zwanzig Wahlen zum japanischen Unterhaus statt, im Durchschnitt somit alle zweieinhalb Jahre. Eigene Berechnung auf Basis von ISHIKAWA 1995:217f. und des *Seikan yōran* 1999, Anhang: 15.

3 In der Bundesrepublik betrug die durchschnittliche Amtszeit der von Herzog untersuchten Parlamentarier in den 1960er Jahren acht bis elf Jahre; vgl. HERZOG 1975:221.

4 Zum Zusammenhang zwischen Amtsdauer und Professionalisierung vgl. RAMSDELL 1992: 85.

lerstimmen für die Partei begründet liegt (SCHMIDT 2001:196). Somit kann angesichts hoher Einkommen, einer hohen Quote an Wiederwahlen und einer ausgeprägten innerparlamentarischen Karrierekontinuität der Parlamentarier von LDP und linker Opposition festgehalten werden, dass auch unter den japanischen Abgeordneten Professionalisierungsprozesse hin zu einer Berufspolitikerschaft stattgefunden haben. Eine verlässliche Aussicht auf Karriere innerhalb des Parlamentes besteht allerdings nur für die Parlamentarier der LDP, die bis auf wenige Ausnahmen bisher alle Kabinettsmitglieder und Ministerpräsidenten stellten.

3. Rekrutierungsmuster und Selektionsfilter der Parlamentarier in Japan

Obgleich Professionalisierungsprozesse für beide politische Lager festgestellt werden können, zeigten sich darüber hinaus kaum Gemeinsamkeiten in den relevanten Strukturmustern und Selektionsfiltern der Rekrutierungsprozesse.

Deutliche Unterschiede bestehen im Anteil an weiblichen Abgeordneten: So entspricht ihr Anteil unter den Parlamentariern der linken Opposition mit 23% etwa dem westlicher Industriestaaten,⁵ während sich unter den 266 Parlamentariern der LDP lediglich fünf weibliche Personen (1,9%) befanden. Die linken Parteien nähern sich somit dem Verfassungsgebot der Gleichstellung der Frau weit eher an als die LDP. Zudem verdeutlichen diese Ergebnisse, dass der niedrige Frauenanteil im Gesamtparlament (1996:4,6%) aufgrund der Mehrheitsverhältnisse unmittelbarer Ausdruck des extrem niedrigen Frauenanteils in der LDP ist.

Auch das Lebensalter und das Eintrittsalter in die nationale Politik differieren erheblich. So wiesen die Parlamentarier der linken Parteien mit etwa 61 Jahren ein um 2,5 Jahre höheres Lebensalter auf; der Wechsel in die Politik erfolgte mit 47,4 Jahren im Durchschnitt rund 3 Jahre später als in der LDP. Differenziert nach Alterskohorten tritt etwa ein Drittel aller LDP-Abgeordneten zwischen 25 und 39 Jahren in die Politik ein, während dies auf nur etwa 12% der Abgeordneten von SDPJ und KPJ zutrifft (vgl. Tab.1). Dies deutet darauf hin, dass die Parlamentarier von SDPJ und KPJ zuvor einen längeren beruflichen Werdegang hinter sich haben, wodurch sich auch ihr höheres Durchschnittsalter erklärt. Im Gegensatz zu den LDP-Abgeordneten scheint ein möglichst frühes Einstiegsalter für die Parlamentarier der linken Opposition kein wesentliches Karrierekriterium darzustellen.

Ähnlich wie in anderen Industriestaaten lag das Ausbildungsniveau der untersuchten Politiker aller Parteien deutlich über dem der Gesamtbevölkerung. Insgesamt verfügten knapp 90% der LDP-Abgeordneten und 75% der Parlamentarier der linken Parteien über einen Abschluss an einer Universität oder

5 Der Frauenanteil in den Parlamenten Europas lag 1999 zwischen 42,7% in Schweden und 6,3% in Griechenland. In der Bundesrepublik lag der Anteil bei 30,9%; vgl. „Frauenanteil in den Parlamenten Europas“, in: *Der Spiegel* 50 (13.12.1999):142.

einem College. Erhebliche Unterschiede zeigten sich hingegen bezüglich des Orts der Ausbildung und der Studienfächer. Die LDP-Parlamentarier weisen – ebenso wie die bürokratischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen⁶ – überwiegend Abschlüsse an einer der wenigen Eliteuniversitäten auf und hier wiederum an bestimmten Fakultäten. So waren zwei Drittel aller LDP-Parlamentarier mit Universitätsabschluss Absolventen einer der fünf führenden Eliteuniversitäten. Zudem dominierten Abschlüsse an Juristischen Fakultäten (43%), gefolgt von Fakultäten für Wirtschaft, Management oder Handel (22%). Dies lässt auf die herausragende Bedeutung von „akademischen Cliques“ (*gakubatsu*), und hier insbesondere der sogenannten „*Tôdai*-Connection“ ehemaliger Absolventen der Tôkyô-Universität, für die Kommunikation der Eliten aus Wirtschaft, Ministerialbürokratie und LDP schließen. Hinzuweisen ist auch auf den normalerweise lebenslangen Bestand dieser Verbindungen, die auf den sozialen Kontakten der Universitätszeit beruhen (KERBO/MCKINSTRY 1995: 140). Im Gegensatz hierzu ist der Abschluss an einer Eliteuniversität für die Abgeordneten der linken Opposition mit 25% von erheblich geringerer Bedeutung; zudem zeigten die besuchten Fakultäten eine breite Streuung.

Unter den beruflichen Rekrutierungsfeldern⁷ der LDP-Abgeordneten lag mit etwa 35% die Partei an erster Stelle. Hierbei war die überwiegende Mehrheit der LDP-Parlamentarier – obgleich teilweise von der Partei besoldet – nicht für diese als Organisation tätig, sondern als persönliche Sekretäre eines Abgeordneten.⁸ Die Tätigkeit als Sekretär kann quasi als „Ausbildung“ zum Politiker angesehen werden, da Sekretäre den Parlamentarier bei Konferenzen und in Ausschüssen begleiten, bei Treffen mit Beamten assistieren und Kontakte zu wichtigen Interessengruppen pflegen. Sie wird folgerichtig auch als „Politik erlernen“ (*seiji o manabu*) bezeichnet (vgl. z.B. *Seikan yôran* 1999: 59). Das zweitwichtigste Rekrutierungsfeld für die Abgeordneten der LDP bildete mit etwa 20% die Ministerialbürokratie. Nur die LDP – und eingeschränkt auch die von ihr abgespaltenen Gruppen – bietet den Spitzenbeamten die Möglichkeit eines Wahlkreises, der einen relativ sicheren Wahlerfolg gewährleistet. Folgerichtig finden sich in den anderen Parteien kaum frühere Ministerialbeamte (BANOW 1993: 103). Die ehemaligen Ministerialbürokraten können die Erfahrung ihrer Tätigkeit in der Zentralbürokratie einbringen und verfügen zumeist auch über sehr gute Kontakte zu ihren ehemaligen Ministerien.⁹ Bisher wurde der in Japan

6 Zum Bildungshintergrund der bürokratischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen vgl. KITAGAWA/KAINUMA 1985: 112–119.

7 Hier wurde versucht, den beruflichen Hintergrund vor dem Einstieg in die politische Karriere (also auch vor einer Tätigkeit in der Regionalpolitik) zu ermitteln.

8 Jeder Abgeordnete kann auf Parteikosten zwei bezahlte Sekretäre beschäftigen. Die meisten Parlamentarier verfügen jedoch auch noch über zusätzliche Sekretäre, insbesondere in ihrem Wahlkreisbüro; vgl. RAMSDELL 1992: 53, Anm. 1.

9 Diese Verbindungen werden auch als „Old Boy“-Netzwerke bezeichnet, wobei „Old Boy“ ein Synonym ist für frühere Offizielle der Verwaltung, die eine zweite Karriere im privaten oder quasi-privaten Sektor starten; vgl. SCHAEDE 1995: 293.

als *amakudari* („das Herabsteigen vom Himmel“) bezeichnete Wechsel von Bürokraten aus der Verwaltung in die Privatwirtschaft oder in die Politik meist mit dem relativ frühzeitigen Ende der Karriereentwicklung und der frühen Pensionierung der Beamten zwischen ihrem fünfzigsten und fünfundfünfzigsten Lebensjahr begründet.¹⁰ Dieses Muster hat allerdings für das politische *amakudari* der Ministerialbeamten in den 90er Jahren nur noch bedingt Gültigkeit. Das durchschnittliche Eintrittsalter der Ex-Ministerialbeamten in die Politik lag im untersuchten Sample bei 47 Jahren, und damit nur knapp drei Jahre über dem der Unterhausabgeordneten der LDP insgesamt. Dies dürfte aus der Tatsache resultieren, dass nur Personen mit einer langjährigen Erfahrung im Parlament auf einen Ministerposten berufen werden (TOMITA et al.: 1981: 235ff.; SCHMIDT 2001: 267). Auch die Ministerialbeamten müssen daher ihre politische Karriere frühzeitig planen. Ein weiteres wesentliches Rekrutierungsfeld der LDP-Parlamentarier ist – wie auch in der Bundesrepublik – der Bereich der Wirtschaft (HERZOG 1975: 102), während alle übrigen Berufsfelder nur marginal vertreten sind.

Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland war ein direktes Überwechseln vom Privatberuf in das nationale Parlament für die Repräsentanten der LDP von großer Bedeutung. Nur eine knappe Mehrheit von ihnen weist jene Laufbahn auf, die nach Herzog für (West-) Deutschland als Standardkarriere definiert werden kann, bei welcher der Aufstieg in das nationale Parlament in sukzessiven Schritten erfolgt (HERZOG nach REBENSTORF 1991: 227). Fast ebenso viele Parlamentarier vollzogen ein direktes *cross-over* aus dem Beruf in das nationale Parlament ohne vorherige Erfahrungen in der Lokalpolitik oder in Parteien und Verbänden. Zwar kann argumentiert werden, dass dadurch fachlich qualifizierte Personen für politische Aufgaben gewonnen werden können und die Kluft zwischen Politik und Beruf überbrückt wird (HERZOG 1975: 225), doch beschränkt sich dieser Personenkreis auf die Ministerialbürokraten und diejenigen, die aus der Wirtschaft stammen. Die genuin politische Karriere, der keine privatberufliche Karriere vorausgeht und die frühzeitig mit besoldeten politischen Ämtern beginnt, war hingegen nur für etwa 20% der LDP-Parlamentarier der Ausgangspunkt ihrer parlamentarischen Laufbahn; wobei auch hier festzuhalten ist, dass nur etwa 5% für die Partei als Organisation tätig waren, während alle anderen eine Tätigkeit als persönliche Sekretäre eines Abgeordneten ausübten. Es kann somit nicht davon gesprochen werden, dass die Partei als Organisation einen Selektionsfilter für die Rekrutierung der LDP-Parlamentarier bildet.

10 Bis zur Position des Assistierenden Sektionsleiters (*kachô hosa*) werden Beamte des gleichen Dienstjahrgangs nahezu gleichzeitig befördert. Sobald jedoch ein Angehöriger des jeweiligen Jahrgangs die Position des Vizeministers für Administrative Angelegenheiten (*jimu jikan*) erreicht hat, sind die anderen Beamten am Ende ihrer Karriere angelangt und verlassen in den meisten Fällen den öffentlichen Dienst. Folgt man Banow, so vermeidet dies Schwierigkeiten bei der hierarchischen Unterordnung vormals gleichgestellter Beamter und garantiert die Aufstiegschancen der Nachwuchsbeamten; vgl. BANOW 1993: 102f.

Ebenso wie für die LDP-Abgeordneten war auch für die Parlamentarier von SDPJ und KPJ die Partei das wichtigste Rekrutierungsfeld. So übten fast 40% vor ihrem Einstieg in eine öffentliche politische Karriere eine bezahlte Funktion für eine der beiden Parteien aus, wobei allerdings nur ein Parlamentarier zuvor als Sekretär eines Abgeordneten tätig gewesen war. Die Gewerkschaften bildeten mit 20% das zweitwichtigste Rekrutierungsfeld der Linksparteien, wobei jene Parlamentarier, die nach einer Gewerkschaftskarriere in die nationale Politik wechselten, zuvor oftmals Funktionäre der Lehrgewerkschaft Nikkyôso waren. Weitere wichtige Rekrutierungsfelder bildeten die Jurisprudenz und der Bereich von Lehre und Wissenschaft. Im Gegensatz zu den Abgeordneten der LDP entstammte keiner der Parlamentarier von SDPJ und KPJ den Bereichen Wirtschaft oder Ministerialbürokratie.

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Merkmale der Parlamentarier von LDP und SDPJ/KPJ im Vergleich

	LDP		SDPJ/KPJ	
Alter Ø	58,5		60,9	
Eintrittsalter in die nationale Politik Ø	44,3		47,4	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
20–29	7	2,6	0	0
30–39	79	29,7	5	12,5
40–49	104	39,1	22	55,0
50–59	65	24,4	9	22,5
60+	9	3,4	3	7,5
Unbekannt	2	0,8	1	2,5
N=	266	100	40	100
Schulbildung				
Universität/College	237	89,1	30	75,0
Andere	29	10,9	10	25,0
N=	266	100	40	100
Ort der Universitätsausbildung				
Tôdai (Juristische Fakultät)	58 (45)	24,5 (19,0)	4 (1)	13,3 (3,3)
Kyôdai/Hitotsubashi	11	4,6	2	6,7
Waseda/Keiô	72	30,4	2	6,7
Andere	96	40,5	22	73,3
N=	237	100	30	100

	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Studienfächer				
Jura	102	43,0	4	13,3
Wirtschaft/Management/Handel	51	21,5	2	6,7
Naturwissenschaft/Technik	16	6,8	5	16,7
Politik und Wirtschaft	22	9,3	2	6,7
Literaturwissenschaft	7	3,0	3	10,0
Erziehungswissenschaft	3	1,3	5	16,7
Andere	17	7,2	6	20,0
K.A.	19	8,0	3	10,0
N=	237	100	30	100
Beruflicher Hintergrund				
Partei (Sekretär eines Abgeordneten)	79	29,7	1	2,5
Partei	13	4,9	14	35,0
Ministerialbürokratie	53	19,9	0	0
Tätigkeit i.d. Wirtschaft/Unternehmer	49	18,4	0	0
Gewerkschaft	0	0	8	20,0
Anwalt	3	1,1	4	10,0
Tätigkeit in Lehre und Wissenschaft	13	4,9	4	10,0
Andere	28	10,5	8	20,0
K.A.	28	10,5	1	2,5
N=	266	100	40	100
Karrieremuster				
Standardkarriere	106	39,9	16	40,0
Direktes „cross-over“	104	39,1	13	32,5
Parteikarriere	53	19,9	10	25,0
Unbekannt	3	1,1	1	2,5
N=	266	100	40	100
Berufsstatus				
Leitende Angestellte	72	27,1	1	2,5
Angestellte	135	50,8	32	80,0
Selbständige	29	10,9	4	10,0
Arbeiter	1	0,4	1	2,5
Andere und K.A.	29	10,9	2	5,0
N=	266	100	40	100

Quelle: Eigene Auszählung auf Basis des *Seikan yōran* 1999.

Für den Karriereverlauf der Abgeordneten von SDPJ und KP war die Standardkarriere die häufigste Karriereform, die von 40% durchlaufen wurde. Etwa 33% wechselten direkt von einer Berufstätigkeit in die Politik und 25% wiesen eine reine Parteikarriere auf. Neben den Gewerkschaften bilden somit die Parteien

einen wesentlichen Selektionsfilter für die Rekrutierung der linken Abgeordneten. Es zeigen sich daher deutliche Unterschiede zwischen den Rekrutierungsfeldern und Selektionsfiltern von LDP und linker Opposition.

Der Übergang in die öffentliche politische Karriere¹¹ erfolgte bei den Politikern aller Parteien von verhältnismäßig gesicherten Berufspositionen aus. So rekrutierten sich etwa 80% aus der Angestelltenschaft, doch zeigt eine differenzierte Betrachtung, dass etwa 27% der LDP-Parlamentarier – im Vergleich zu nur 2,5% der Abgeordneten von SDPJ und KP – von einer Spitzenposition als Leitende Angestellte aus in die Politik wechselten. Das Berufsprofil der LDP-Parlamentarier weist somit im Vergleich zur Berufsgliederung der Gesamtgesellschaft eine deutliche Disproportionalität auf, da im Jahr 1995 die Zahl derjenigen, die als Leitende Angestellte eingestuft wurden, gesamtgesellschaftlich nur 3,6% betrug. Diese Berufsstatusgruppe ist damit unter den LDP-Unterhausabgeordneten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung etwa um das siebenfache überrepräsentiert; im Vergleich zu SDPJ und KPJ ist sie um das zehnfache stärker vertreten. Die Quote der Selbständigen hingegen entspricht sowohl in der LDP als auch in der linken Opposition etwa ihrem gesamtgesellschaftlichen Anteil von 12% (1995). Auffällig ist die extreme Unterrepräsentation der Arbeiterschicht in allen untersuchten Parteien; ähnlich wie in der Bundesrepublik (HERZOG 1975:104) sind die unteren sozialen Schichten kaum in politischen Führungspositionen vertreten.

Ein bedeutender Unterschied zwischen den Abgeordneten von LDP und SDPJ und KPJ liegt in der Tatsache, dass Verwandtschaftsbeziehungen eine wesentliche Rolle für die Rekrutierung der LDP-Parlamentarier spielen, nicht jedoch für die linke Opposition. Die „Vererbung“ des politischen Mandats vom Vater, Großvater oder einem engeren Verwandten ist eines der auffallendsten Phänomene der Rekrutierung der LDP-Abgeordneten. So entstammten 103 der 266 Parlamentarier der LDP (39%) „Politikerfamilien“ (*seiji kazoku*), d.h. einer Familie, in der ein politisches Mandat bereits in zweiter, dritter oder höherer Generation ausgeübt wird, und sind somit sogenannte „Erb-Abgeordnete“ (*se-shû daigishi*)¹²; dies traf auf keinen einzigen Abgeordneten der linken Opposition zu. Hier bestehen signifikante Überschneidungen mit anderen Karrieremustern: Am höchsten ist der Anteil der „Erb-Abgeordneten“ in der Gruppe derjenigen, die im Verlauf ihrer Karriere eine Tätigkeit als Sekretär eines Abgeordneten ausübten. Dies erklärt sich daraus, dass sich diese „Erben“ bereits frühzeitig, zumeist als Sekretär des Vaters, auf eine Tätigkeit als Politiker vorbereiten. Am niedrigsten liegt ihr Anteil in der Gruppe derjenigen, die über die Kommunalpo-

11 Unter öffentlicher politischer Karriere wurde auch eine Karriere in der Kommunalpolitik verstanden.

12 Hier finden sich die verschiedensten Formen des „Erbens“ von Mandaten. In vielen Fällen wird das Mandat tatsächlich direkt vom Vater auf den Sohn (seltener die Tochter) übergeben. Es existieren jedoch auch Fälle, in denen Vater und Sohn gleichzeitig dem Parlament angehören.

litik in die nationale Politik kamen, und unter den ehemaligen Ministerialbeamten.

Die Abgeordneten der zweiten Generation (*nisei giin*) stellten mit 32% den größten Teil der „Erben-Politiker“. Nur 6% waren Politiker der dritten Generation, weniger als ein Prozent übte ein Mandat bereits länger als in der dritten Generation aus. Hieraus kann geschlossen werden, dass der größte Teil der „Erben-Politiker“ „Erben“ von Parlamentariern sind, die erst nach 1945 Politiker wurden (BLECHINGER 1996: 75).

Die Verteilung der „Erben“ nach Altersgruppen und ihr Altersdurchschnitt entsprechen etwa den Werten der Gesamtpartei (LDP gesamt: 58,5 Jahre; „Erben“: 58,2 Jahre). Deutliche Unterschiede zwischen „Erben“ und der Gesamtfraktion zeigen sich hingegen beim Eintrittsalter in die nationale Politik; dieses liegt mit 40,7 Jahren knapp vier Jahre niedriger als in der Gesamtpartei. Da sich die Rekrutierung für Ministerposten u.a. nach der Anzahl an Wiederwahlen vollzieht, haben die „Erben-Politiker“ somit einen erheblichen Karrierevorteil.

Das Phänomen des „Vererbens“ von Mandaten liegt in der Struktur der LDP begründet. So verfügt jeder LDP-Politiker in seinem Wahlkreis über persönliche, nicht in die offizielle Parteistruktur integrierte Unterstützerguppen (*kôenkai*), die aufgrund der Vernetzung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten einerseits und der Wahlunterstützung für einen Kandidaten andererseits nicht einfach aufgelöst werden können. Auch liegt es im Interesse der dort vorherrschenden Patron-Klient-Beziehung zwischen Wähler und Gewähltem, im Falle des Rücktritts oder Todes eines Abgeordneten einen geeigneten Nachfolger einzusetzen. Eine politische Karriere ist für solche „Erben“ planbar und erfolgversprechend, da die LDP seit 1955 fast ausnahmslos die Regierungspartei stellt. Folgt man Max Weber (1976: 144f.), so liegt die Vermutung nahe, dass die Institutionalisierung der *kôenkai* dem Vollzug von Veralltäglichungsinteressen der Anhängerschaft dient, deren Ziel die Sicherung ökonomischer Chancen ist. In diesem Sinne kann die Nachfolgedesignation durch Vererbung als eine Form der Traditionalisierung des politischen Mandats bezeichnet werden.

Eine weitere Ursache des „Erb-Abgeordneten“-Phänomens liegt in der Betonung von Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb der gesellschaftlichen Elite. Für die politischen Spitzenpositionen sind Familienverbindungen (*keibatsu*) auch durch Heiratsbeziehungen ein entscheidendes Kriterium. Wie Kerbo/McKinstry (1995: 117ff.) nachweisen, basieren diese Familienverbindungen nicht nur auf politischen Verwandtschaftsbeziehungen, sondern auch auf Beziehungen zum Kaiserhaus und zur wirtschaftlichen und bürokratischen Elite.

Diese Formen der Rekrutierung führen hinsichtlich einer Verfestigung des konservativen Establishments zu einer von den gesamtgesellschaftlichen Strukturen verselbständigten politischen Elite, die sich einerseits selbst reproduziert und andererseits eng verflochten ist mit den Machtgruppen aus Ministerialbüro-

kratie und Wirtschaft.¹³ Eine demokratische Repräsentation ist somit kaum mehr gegeben, da der Zugang zum Mandat stark limitiert wird.

4. Die Rekrutierung in parlamentarische Spitzenpositionen

Die Untersuchung der Rekrutierung in Führungspositionen in der Regierung (hier die Positionen der Kabinettsmitglieder von 1996–98),¹⁴ die seit 1955 nahezu ausschließlich von Abgeordneten der LDP besetzt wurden, zeigte eine noch deutlichere Ausprägung der für die LDP-Abgeordneten ermittelten Befunde.

Da der Anteil an weiblichen Abgeordneten unter den Parlamentariern der LDP extrem niedrig liegt, waren auch die von der LDP gebildeten Kabinette fast ausschließlich Männerkabinette. Unter den sechzig Kabinettsmitgliedern des hier untersuchten Samples befanden sich nur zwei Frauen (3,3%). Man kann vermuten, dass die gelegentliche Berufung einer Frau auf einen Ministerposten weniger auf einem Umdenken innerhalb der männerdominierten politischen Elite der LDP beruht als vielmehr auf wahltaktischen Überlegungen.

Ein möglichst frühes Eintrittsalter in die nationale Politik und eine damit einhergehende längere Amtszeit stellt ein entscheidendes Kriterium für eine innerparlamentarische Karriere dar. Im Durchschnitt wurden die Kabinettsmitglieder, die aus dem Unterhaus stammten, 5,5 mal gewählt, bevor sie ein Ministeramt antraten, was bei einer durchschnittlichen Unterhausperiode von 2,5 Jahren etwa einer Amtszeit von 14 Jahren entspricht. Der Durchschnittswert für diejenigen, die zuvor ein Oberhausmandat besaßen, betrug 16 Jahre (SCHMIDT 2001:267).¹⁵ Dies spiegelt sich in der Altersstruktur und im Eintrittsalter der Kabinettsmitglieder wider, die im Durchschnitt 3 Jahre älter sind als die Parlamentarier der LDP, aber ein um zwei Jahre früheres Eintrittsalter aufweisen (vgl. Tab.2).

Auch ein elitärer Bildungshintergrund ist für eine Karriere im Parlament von großer Bedeutung. So lag der Anteil der Absolventen von Eliteuniversitäten unter den Kabinettsmitgliedern nochmals um 10% über ihrem Anteil an den LDP-Parlamentariern; zudem war die Zahl der Absolventen der Tōkyō-Universität (und hier insbesondere der Absolventen der Juristischen Fakultät) höher. Auch der Prozentsatz an Abschlüssen an juristischen Fakultäten nimmt nochmals um fast 8% zu. Offensichtlich sind „akademische Cliques“ unter den Kabinettsmitgliedern von noch größerer Relevanz für die Kommunikation der Eliten aus Wirtschaft, Bürokratie und Politik als für die Parlamentarier der LDP.

13 Zu dem Aspekt der Verflechtung der gesellschaftlichen Eliten vgl. MILLS 1956, bes. Kap. XII.

14 Untersucht wurden die Mitglieder des zweiten und dritten Kabinetts Hashimoto und des ersten Kabinetts Obuchi (N=60).

15 Nach Art.65 der Japanischen Verfassung muss die Mehrheit der Kabinettsmitglieder aus dem Unterhaus ausgewählt werden. Im untersuchten Sample stammten 82% der Kabinettsmitglieder aus dem Unterhaus, etwa 17% waren Parlamentarier des Oberhauses und ein Kabinettsmitglied war kein Politiker.

Der Ministerialbürokratie kommt als Rekrutierungsfeld für parlamentarische Spitzenpositionen eine bedeutende Rolle zu, was sich in dem um 7% höheren Anteil an ehemaligen Ministerialbeamten manifestiert. Auch der Prozentsatz an früheren Sekretären eines Abgeordneten liegt um 2% höher. Für den Karriereverlauf der Kabinettsmitglieder war ein direktes *cross-over* vom Privatberuf in das nationale Parlament mit 45% die häufigste Form des Einstiegs in die nationale Politik, wobei sich der höhere Anteil dieser Übergangsform überwiegend aus der höheren Zahl an Ministerialbeamten ergibt.

Hinsichtlich des Berufsstatus, von dem aus der Übergang in die öffentliche politische Karriere erfolgte, fällt insbesondere der im Vergleich zu den LDP-Parlamentariern um etwa acht Prozent höhere Anteil derjenigen auf, die von einer Spitzenposition aus wechselten. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Leitende Angestellte somit unter den Kabinettsmitgliedern um ein zehnfaches überrepräsentiert. Hier wird nochmals deutlich, dass die Herkunft aus den unteren sozialen Schichten ein Aufsteigen in politische Spitzenpositionen statistisch nahezu ausschließt.

Verwandtschaftsbeziehungen kommt auch für die Rekrutierung der Kabinettsmitglieder eine überragende Bedeutung zu. So lag der Anteil der „Erb-Abgeordneten“ unter den Kabinettsmitgliedern mit mehr als 43% nochmals um 5% über jenem der LDP-Parlamentarier. Auffällig ist, dass der Prozentsatz derjenigen Kabinettsmitglieder, die ein Mandat bereits in dritter Generation und länger ausüben, mit 15% fast dreimal so hoch ist wie unter den LDP-Abgeordneten. Dies zeigt, dass nicht nur ein Karrierevorteil der „Erben“ besteht, sondern auch, dass sich dieser vergrößert, je länger die politische „Ahnenreihe“ zurückreicht. Auf der Ebene der Regierung kann somit von einer noch ausgeprägteren Tendenz zu „Traditionalisierung“ des politischen Mandats gesprochen werden als auf der Abgeordnetenebene.

Tabelle 2: Sozialstrukturelle Merkmale der Kabinettsmitglieder 1996–98

	Kabinettsmitglieder		Prozentsatzdifferenz zur Gesamtfraktion
Alter Ø	61,5		+3
Eintrittsalter in die nationale Politik Ø	42,3		-2
	Anzahl	in %	
20-29	1	1,7	-0,9
30-39	27	45,0	+15,3
40-49	18	30,0	-9,1
50-59	11	18,3	-6,1
60+	2	3,3	-0,1
unbekannt	1	1,7	+0,9
N=	60	100	

	Anzahl	in %	Differenz zur Gesamtfraktion
Schulbildung			
Universität/College	53	88,3	-0,8
Andere	7	11,7	+0,8
N=	60	100	
Ort der Universitätsausbildung			
Tôdai (Juristische Fakultät)	18 (14)	34,0 (26,4)	+9,5 (+7,4)
Kyôdai/Hitotsubashi	4	7,6	+3,0
Waseda/Keiô	15	28,3	-2,1
Andere	16	30,2	-10,3
N=	53	100	
Studienfächer			
Jura	27	50,9	+7,9
Wirtschaft/Management/Handel	12	22,6	+1,1
Naturwissenschaft/Technik	2	3,8	-3,0
Andere	11	20,8	+0,1
K.A.	1	1,9	-6,1
N=	53	100	
Beruflicher Hintergrund			
Partei (Sekretär eines Abgeordneten)	19	31,7	+2
Partei	2	3,3	-1,6
Ministerialbürokratie	16	26,7	+6,8
Tätigkeit i.d. Wirtschaft/Unternehmer	11	18,3	-0,1
Andere	6	10,0	-6,6
K.A.	6	10,0	-0,5
N=	60	100	
Karrieremuster			
Standard-Karriere	22	36,7	-3,2
Direktes „cross-over“	27	45,0	+5,9
Parteikarriere	11	18,3	-1,6
Unbekannt	0	0	-1,1
N=	60	100	
Berufsstatus			
Leitende Angestellte	21	35,0	+7,9
Angestellte	26	43,3	-7,5
Selbständige	6	10,0	-0,9
Arbeiter	0	0	-0,4
Andere und K.A.	7	11,7	+0,8

N=	60	100	
	Anzahl	in %	Differenz zur Gesamtfraktion
Erb-Abgeordnete“			
2. Generation	16	26,7	-5,3
3. Generation	9	15,0	+9
4. Generation und länger	1	1,7	+1
N=	26	43,4	+4,7

Quelle: Eigene Auszählung auf Basis des *Seikan yōran* 1999.

5. Zusammenfassung und Konklusion

In diesem Beitrag wurde die Rekrutierung und Selektion politischer Repräsentanten in Japan analysiert, wobei geklärt werden sollte, ob die Zusammensetzung der politischen Elite die Interessenstruktur der Gesellschaft spiegelt oder ob sie eine geschlossene Machtgruppe mit der Tendenz zur Verselbständigung von der Sozialstruktur bildet.

Sowohl unter den Abgeordneten der LDP als auch der linken Opposition von SDPJ und KPJ vollzog sich seit 1946 ein Wandel von Amateurpolitikern hin zu einer spezialisierten Berufspolitikerschaft. Ungeachtet der zu konstatierenden Professionalisierungsprozesse zeigten sich darüber hinaus kaum Gemeinsamkeiten in den relevanten Rekrutierungsmustern und Selektionsfiltern, vielmehr wurden fundamentale Unterschiede deutlich.

So hatten die LDP-Abgeordneten – ebenso wie die bürokratische und wirtschaftliche Elite – überwiegend eine der wenigen Eliteuniversitäten und hier wiederum bestimmte Fakultäten absolviert; zudem zeigte sich eine deutliche Oberschichtrekrutierung mit einer starken Beschränkung auf die Berufsfelder Wirtschaft und Ministerialbürokratie. Für die Abgeordneten der linken Opposition hingegen ergab sich eine breite Streuung sowohl der Universitäten als auch der Studienabschlüsse und Berufsfelder sowie eine deutliche Mittelschichtrekrutierung.

Ein weiterer bedeutender Unterschied liegt in der Tatsache, dass Verwandtschaftsbeziehungen eine wesentliche Rolle für die Rekrutierung der LDP-Parlamentarier spielen, nicht jedoch für die linke Opposition. Die Praxis der Vererbung des politischen Mandats kann als eine Form der Traditionalisierung gesehen werden, wobei hier der Nachfolgedesignation durch die persönlichen Unterstützerguppen als Selektionsfilter eine überragende Rolle zukommt. Angesichts der erheblich abweichenden Rekrutierungsmuster der Abgeordneten von LDP und linker Opposition ist keine Kohärenz der Berufspolitikerschaft in Japan erkennbar.

Die Rekrutierungsmuster legen den Schluss nahe, dass der Rekrutierungsprozess der LDP durch eine Verflechtung der gesellschaftlichen Eliten aus Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie gekennzeichnet ist und sich innerhalb dieser isolierten Bereiche vollzieht. Es kann daher eine Tendenz zur Abkoppe-

lung der politischen Elite der LDP von der Sozialstruktur und zur Bildung einer geschlossenen Machtgruppe festgestellt werden, womit eine demokratische Repräsentation zunehmend weniger gegeben scheint. Aufgrund der Dominanz der LDP als Regierungspartei ist dies ein sich selbst verstärkender Mechanismus.

Hinsichtlich der Rekrutierung in Führungspositionen der Regierung, die seit 1955 nahezu ausschließlich von Parlamentariern der LDP besetzt wurden, bestätigten sich die für die LDP-Abgeordneten ermittelten Befunde. Es ergab sich eine noch eindeutiger Beschränkung der Rekrutierungsfelder auf wenige Eliteuniversitäten und insbesondere auf die Juristische Fakultät der Tōkyō-Universität sowie auf die Oberschicht, die Ministerialbürokratie und die politischen „Erben“. Die für die LDP-Parlamentarier feststellbare Tendenz zur Verselbständigung von den gesamtgesellschaftlichen Strukturen und zur Bildung einer abgeschlossenen Machtelite ist unter den Inhabern der parlamentarischen Spitzenpositionen noch deutlicher ausgeprägt.

Literatur

- BANOW, Michael (1993): „Die administrative Elite Japans und ihr Verhältnis zur Liberal-Demokratischen Partei“, in: Manfred POHL (Hrsg.): *Japan 1992–93 – Politik und Wirtschaft*. Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 100–116.
- BLECHINGER, Verena (1996): „Politik und Familienbande – ‚Erb-Abgeordnete‘ im japanischen Parlament“, in: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (NOAG)* 159–160, S. 71–87.
- BORCHERT, Jens (1999): „Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien“, in: Ders. (Hrsg.): *Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien*. Opladen: Leske und Budrich, S. 7–39.
- DERICHS, Claudia/Harold KERBO (1999): „Politische Karriere zwischen Ministerialbürokratie und parlamentarischen Erbhöfen“, in: Jens BORCHERT (Hrsg.): *Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien*. Opladen: Leske und Budrich, S. 283–301.
- HERZOG, Dietrich 1970/71): „Politische Elitenselektion. Alte und neue Ansätze politischer Auswahlprozesse“, in: *Soziale Welt* 20/21, 2, S. 129–145.
- Ders. (1975): *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ISHIKAWA Masumi (1995): *Sengo seiji shi* (Geschichte der Politik der Nachkriegszeit). Tōkyō: Iwanami shinsho.
- KITAGAWA Takayoshi/KAINUMA Jun (1985): *Nihon no erīto* (Die Elite Japans). Tōkyō: Ōtsuki shoten.

- KLINGEMANN, Hans-Dieter/Richard STÖSS/Bernhard WEBELS (1991): „Politische Klasse und politische Institutionen“, in: Dies. (Hrsg.): *Politische Klasse und politische Institutionen: Probleme und Perspektiven der Eliteforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.9–38.
- KERBO, Harold R./John A. MCKINSTRY (1995): *Who Rules Japan? The Inner Circles of Economic and Political Power*. Westport/Connecticut/London: Praeger.
- MILLS, Charles Wright (1956): *The Power Elite*. New York: Oxford University Press.
- RAMSDELL, Daniel B. (1992): *The Japanese Diet: Stability and Change in the Japanese House of Representatives, 1890–1990*. Lanham, Maryland: University Press of America.
- REBENSTORF, Hilke (1991): „Politische Herkunft und politische Karriere“, in: Hans-Dieter KLINGEMANN/Richard STÖSS/Bernhard WEBELS (Hrsg.): *Politische Klasse und politische Institutionen: Probleme und Perspektiven der Eliteforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.217–234.
- SCHAEDE, Ulrike (1995): „The ‚Old Boy‘-Network and Government-Business Relationships in Japan“, in: *Journal of Japanese Studies* 21, S.293–317.
- SCHMIDT, Carmen (2001): *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum.
- Seikan yōran* (Verzeichnis der Politik und Verwaltung) (1999): Tōkyō: Seisaku jihōsha.
- TOMITA, Nobuo/Hans BAERWALD/Akira NAKAMURA (1981): „Prerequisites to Ministerial Careers in Japan 1885–1980“, in: *International Political Science Review* 2/2: S.235–256.
- WEBER, Max (1976 [1922]): „Die Typen der Herrschaft“, in: Johannes WINCKELMANN (Hrsg.): *Wirtschaft und Gesellschaft*. 1. Halbband, 5. rev. Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr, S.122–176.